SoVD fordert: Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Kinder und Jugendliche stärker bekämpfen

Psychotherapie für junge Menschen

Fast drei Viertel der Kinder und Jugendlichen haben psychische Probleme – das zeigen Zahlen der Bundesministerien für Familie und Gesundheit. Grund dafür sind die Belastungen, die während der Corona-Pandemie entstanden sind. Eine ausreichende Versorgung mit Psychotherapeut*innen fehlt für die Betroffenen jedoch – auch in Niedersachsen. Der SoVD in Niedersachsen fordert deshalb zum internationalen Tag der Jugend am 12. August eine realistische Bedarfserhebung und einen Ausbau der Angebote.

Die Corona-Pandemie hat insbesondere Kindern und Jugendlichen stark zugesetzt. Homeschooling und Lockdown haben dafür gesorgt, dass die psychischen Probleme in dieser Altersgruppe zugenommen haben: Sieben von zehn Kindern und Jugendlichen leiden nach wie vor unter psychischem Stress. „Diese Zahlen sind vor allem deshalb erschreckend, weil solche Belastungssituationen in der sensiblen Phase der Pubertät enorme Folgen haben können, wenn sie nicht schnell behandelt werden“, sagt Saskia Heuck, Sprecherin der SoVD-Jugend in Niedersachsen. Doch genau da liegt aus Sicht des größten Sozialverbands in Niedersachsen das Problem. „Die Angebote an psychischer Behandlung sind überhaupt nicht auf den aktuellen Bedarf abgestimmt. Die letzten Zahlen dazu wurden vor etwa 24 Jahren geschätzt. Seitdem gab es keine Anpassung mehr“, kritisiert Heuck weiter. Es sei also kein Wunder, dass es eine eklatante Unterversorgung und damit enorm lange Wartezeiten gebe.

Foto: Valerii Honcharuk / Adobe Stock

Viele betroffene Kinder und Jugendliche müssen lange auf eine Psychotherapie warten.

Angesichts der dramatischen Entwicklung muss der aktuelle Bedarf realistisch erhoben werden. „Das muss einhergehen mit einem sofortigen Ausbau der psychiatrischen und psychotherapeutischen Angebote für Kinder und Jugendliche“, so die Jugendsprecherin.

Insbesondere die Landesregierung sei jetzt in der Pflicht, da auch die Infrastruktur in den Bereichen Gesundheit und Soziales vor Ort stärker ausgebaut werden müsse, um psychosoziale Probleme rechtzeitig zu erkennen. „Hierzu gehören nicht nur Vorsorgeuntersuchungen, sondern vor allem auch entsprechende Unterstützung an Schulen und anderen Bildungseinrichtungen“, betont Heuck. Werde an dieser Stelle nicht schnell gehandelt, seien Kinder und Jugendliche auch weiterhin die Verlierer der Pandemie. Die individuellen gesundheitlichen Folgen wären enorm.

SOVD-PODCAST

Wichtige Infos zur Betreuung

Kann jemand seine Angelegenheiten nicht mehr selbst regeln, wird häufig eine gesetzliche Betreuung angeordnet. Aus der Beratung wissen die Moderatorinnen: Gerade bei Betroffenen, die eine Erwerbsminderungsrente aufgrund einer psychischen Erkrankung erhalten, kann das vorkommen. Deshalb besprechen sie in dieser Podcast-Folge, wie schwierig es sein kann, wenn man eine solche Leistung beantragen möchte, aber Probleme hat, sich alleine durch die ganzen Anforderungen zu kämpfen. Mit der Vereinsbetreuerin und Rechtsanwältin Ariane Becker-Tönnies vom SoVD-Betreuungsverein Celle reden die Moderatorinnen darüber, welche Aufgaben ein*e Betreuer*in überhaupt hat,und was man tun kann, wenn es bei der Betreuung Probleme gibt.

Die Podcast-Folge ist unter www.sovd-nds.de/podcast.de abrufbar.

SoVD lädt im Oktober zu Online-Vortrag ein

Aufklärung rund um digitales Erbe

Am Donnerstag, 26. Oktober, widmet sich der SoVD in Niedersachsen in einem Online-Vortrag dem Thema „Digitales Erbe“. Die Veranstaltung richtet sich an SoVD-Mitglieder und andere Interessierte.

Die Themen der digitalen Welt beschäftigen viele Menschen zunehmend in allen Lebensbereichen: durch die Nutzung der zahlreichen sozialen Netzwerke, die Kommunikation via E-Mail und Messaging-Diensten, den Austausch von Fotos per Instagram oder sonstigen Cloud-Diensten.

Alle übermittelten und gespeicherten Daten verbleiben auch nach Ihrem Tod beim jeweiligen Anbieter. Deshalb ist es für jeden ratsam, seine Daten im Blick zu haben, wenn es um Regelungen nach dem Ableben geht. Das gleiche gilt für die Fälle, in denen Sie durch Krankheit oder andere Umstände nicht in der Lage sind, selbst zu handeln. Dies behandelt der Referent Frank Rethmeier in seinem Vortrag am 26. Oktober von 16 bis 17.30 Uhr.

Wer teilnehmen möchte, kann sich bis zum 24. Oktober unter weiterbildung@sovd-nds.de anmelden. Die Veranstaltung ist kostenfrei und wird per Zoom durchgeführt. Weitere Termine der SoVD-Vortragsreihe sind unter www.sovd-nds.de abrufbar.

Foto: khunaspix / Adobe Stock

Die meisten Menschen nutzen das Internet und haben auf verschiedenen Portalen Konten mit ihren Daten angelegt.

Hochwertige Pflegeversorgung erreichen durch Zusammenarbeit aller Akteur*innen

Austausch mit dem Pflegerat

Die Herausforderungen im Bereich der Pflege sind enorm: Die Zahl der Pflegebedürftigen steigt bereits seit Jahren, und sie wird in den nächsten Jahren und Jahrzehnten aufgrund des demografischen Wandels im Vergleich zu heute noch weiter erheblich anwachsen. Zugleich gibt es viel zu wenige Fachkräfte, um für alle Pflegebedürftigen eine professionelle und qualitativ hochwertige Versorgung zu garantieren. Damit das System nicht kollabiert und um tragfähige Lösungen für die Zukunft zu entwickeln, müssen gesellschaftliche und politische Akteur*innen zusammenarbeiten. Daher tauschte sich der SoVD in Niedersachsen mit dem Niedersächsischen Pflegerat (NPR) aus.

Foto: Stefanie Jäkel

Katharina Lorenz (rechts) im Gespräch mit Vera Lux vom NPR

Aus Sicht des SoVD in Niedersachsen gehört das Thema Pflege dringend in den Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzung. Hier sei nicht nur der Bund in der Verantwortung; sondern auch das Land und die Kommunen. Es sei insbesondere an der Zeit für eine grundlegende Strukturreform der Pflege auf allen Ebenen, so Katharina Lorenz, Abteilungsleiterin Sozialpolitik beim SoVD in Niedersachsen. Mit Vera Lux, der Vorsitzenden des NPR, tauschte sich die SoVD-Vertreterin in der Landesgeschäftsstelle in Hannover zu den aktuellen Problemlagen aus.

Beide waren sich einig, dass Pflege eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. Zudem müssten Menschen mit Pflegebedarf frei wählen und entscheiden können, wo und mit wem sie leben wollen. Auch der Wunsch vieler Menschen, so lange wie möglich in der vertrauten häuslichen Umgebung leben zu wollen, müsse respektiert und ermöglicht werden, so die Auffassung von Lux und Lorenz. Daher brauche es ein vielfältiges Angebot an ambulanten und stationären Leistungen. „Pflege muss allerdings so finanziert werden, dass sie für pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen kein Armutsrisiko darstellt“, betont Lorenz.

Weitere wichtige Aufgabenfelder, die sie im Gespräch erörterten, sind politische Maßnahmen, um dem Fachkräftemangel in der Pflege zu begegnen, die Umsetzung wohnortnaher und barrierefreier Präventionsangebote, um die Selbstständigkeit zu erhalten und die Pflegebedürftigkeit möglichst zu vermeiden. Ebenso sei eine stärkere Entlastung pflegender Angehöriger durch niedrigschwellige und zielgruppengerechte Angebote von zentraler Bedeutung.